

Durchsetzung der politischen Ziele durch Reformen oder aber durch Revolutionen zu sehr unterschiedlichen geschichtlichen Abläufen geführt.

Namentlich in osteuropäischen Ländern führte der Marxismus zu Revolutionen und wurde dann zur ideologischen Grundlage von Staaten. Im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wurde der Marxismus nach 1945 durch die sowjetische Besatzungsmacht und durch deutsche Exilkommunisten eingeführt und zwar in der Gestalt, die ihm Lenin (1870–1924) gegeben hatte, so daß der Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage des politischen Systems der DDR gilt.

Nach diesen kurzen Vorbemerkungen soll im folgenden zunächst der Marxismus-Leninismus in der Verfassung der DDR behandelt werden, dann ein kurzer Überblick über die marxistische Ideologie und Philosophie namentlich im Hinblick auf ihre politische Umsetzung gegeben werden. Anschließend werden einige Elemente der marxistischen Philosophie analysiert, und schließlich werden Gesellschaftsanalyse und Vorschläge zur gesellschaftlichen Umwälzung, die Marx und Engels entwickelten, beschrieben.

1. *Marxismus-Leninismus in der Verfassung der DDR*

Die ehemalige DDR gründete auf der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Taktische Überlegungen hatten zwar die SED veranlaßt, noch bei der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 auf eine deutlich sozialistische Verfassung zu verzichten, doch der SED-Parteitag vom Juli 1952 erklärte bereits den Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik. Die Verfassung des Jahres 1968 gab sich dann klar als „sozialistisch“ zu erkennen.

Damit wurde die Ideologie des Marxismus-Leninismus verfassungsmäßig legitimiert und der Anspruch erhoben, den Weg in den Sozialismus für das gesamte Deutschland von der DDR aus zu bahnen. Die Präambel läßt bereits die von der marxistisch-leninistischen Ideologie geprägte Geschichtsauffassung und Zukunftserwartung unzweideutig erkennen, wenn es heißt: „Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen, in Ansehung der geschichtlichen Tatsache, daß der Imperialismus unter Führung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals Deutschland gespalten hat, um Westdeutschland zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen den Sozialismus aufzubauen, . . . hat sich das Volk der Deutschen Demokratischen Republik. . . diese sozialistische Verfassung gegeben.“ Es wird ferner bestätigt, daß die Verfassung der DDR fest gegründet ist „auf den Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung der

gesellschaftlichen Ordnung“, womit die erste Epoche der Geschichte von SBZ/DDR ausdrücklich als Teil der sozialistischen Gestaltung einbezogen wird.

Im ersten Artikel der Verfassung wird der „marxistisch-leninistischen Partei“, also der SED als Partei zur Durchführung des Kampfes der Arbeiterklasse, die politische Führungsrolle im „sozialistischen Staat deutscher Nation“ zugesprochen: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“¹

2. *Aufbau der marxistisch-leninistischen „Kaderphilosophie“*

Nicht nur in der Verfassung, auch in politischen Verlautbarungen der SED spielte der Marxismus-Leninismus eine bedeutende Rolle (vgl. z. B. Otto Grotewohls Rede auf dem ersten Kulturtag der DDR am 5. 5. 1948), vor allem aber wurde auf seine Verankerung in den wissenschaftlichen Einrichtungen und im gesamten Bildungssystem größte Sorgfalt verwendet.² Besondere Behandlung erfuhren dabei die Fächer „Philosophie“ und „Geschichtswissenschaft“. Sie wurden als Hort „bürgerlichen Denkens“ in der Anfangsphase von der SMAD zunächst vorläufig suspendiert, mußten doch im Verständnis der sowjetischen und der deutschen kommunistischen Machthaber auf diesen Gebieten die Weichenstellung zur Grundlegung eines neuen Denkens und eines neuen Staatswesens auf dem Boden des Marxismus-Leninismus erfolgen. Im Wintersemester 1946/47 konnte der Lehrbetrieb in diesen beiden Disziplinen aufgenommen werden, doch mußten die Professoren und die übrigen Lehrkräfte auf Verlangen der sowjetischen Besatzungsmacht und der maßgebenden deutschen Stellen Lehrprogramme für jede einzelne Vorlesungs- und Seminarstunde einreichen, und es mußte in Berichten Auskunft erteilt werden über die politischen und erzieherischen Ziele der jeweiligen Lehrveranstaltung. Erst nach Genehmigung dieser Programme durfte die Lehre aufgenommen werden. Darüberhinaus wurden sämtliche Professoren und Lehrkräfte zweimal im Monat einem Verhör durch den zuständigen sowjetischen Philosophie-Offizier unterzogen.³

Zunächst wurde versucht, auch sogenannte „bürgerliche Philosophen“ in ihren Ämtern zu lassen, um gemäß einem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 das Konzept eines breiten Bündnisses zwischen Vertretern der marxistischen Weltanschauung und Anhängern „fortschrittlicher“ humanistischer Ideen und

1 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 06. April 1968 (GBII, S. 199)

2 Vgl. die Ausführungen von Norbert Kapferer, *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988*, Darmstadt 1990

3 M. und E. E. Müller, *Stürmt die Festung Wissenschaft. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945*, Berlin 1953, S. 67